



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. September 1991
11. Jahrgang, S. 222 – 247
ISSN 0177-1868

9

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	222
Beratungspflichten des Steuerberaters	223
– Steuer- oder Anlageberatung?	
– Pflicht zur Schadenverhütung	
– Belehrungsbedürftigkeit	
(BGH Urt.v. 7.5.1991 – IX ZR 188/90)	
Haftung des Steuerberaters	231
– Schaden	
– Darlegungslast	
– Zwei-/Einfamilienhaus	
(KG Urt.v. 1.6.1990 – 7 U 8026/89)	
Haftung des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers	233
– Anlageberatung, Steuerberatung	
– Beratungspflichten	
(Hanseatisches OLG Urt.v. 28.11.1990 – 5 U 139/88)	
Haftung des Steuerberaters	239
– ungefragte Belehrungspflicht	
– Ehegattenarbeitsverhältnis	
(OLG Düsseldorf Urt.v. 18.10.1990 – 18 U 124/90 – rkr.)	
Haftung des Steuerberaters	241
– Buchführungsauftrag	
– fehlerhafte Bewirtungskostenbelege	
– Reisekosten	
(LG Köln Urt.v. 24.9.1990 – 32 O 112/90)	

GI Leitsätze

Telefonwerbung

Es ist wettbewerbswidrig im Sinne des §1 UWG, einen Gewerbetreibenden zu Werbezwecken anzurufen, wenn nicht dieser damit einverstanden ist oder sein Einverständnis vermutet werden kann.

BGH Urt.v. 24.1.1991 – I ZR 133/89 – RPK U 1.051/91

Telefonwerbung-Vermittlung v. Kapitalanlagen

Die unerbetene telefonische Kontaktaufnahme mit einem Gewerbetreibenden (Rechtsanwalt) zwecks Vermittlung von Kapitalanlagen verstößt gegen §1 UWG.

OLG Hamburg Urt.v. 10.1.1991 – 3 U 208/90 – rkr. RPK U 1060/91

Beratungsfehler – Schadenberechnung – Steuervorteil

Wenn der Empfänger eines zum Hauskauf gewährten Darlehens sich gegenüber dem Darlehensgeber auf einen Schadenersatzanspruch beruft, weil dieser vorvertragliche Aufklärungspflichten verletzt und ihn nur dadurch zum Vertragsschluß veranlaßt habe, so müssen bei der Schadenermittlung nicht nur die Zinsen und Kosten des Darlehens, sondern auch die vermögensmäßigen Auswirkungen des Grunderwerbs berücksichtigt werden, wozu in erster Linie die Wertentwicklung, die ersparten Mietaufwendungen und erzielte Steuervorteile gehören (im Anschluß an BGH WM 1983, 1262, 1263).

BGH Urt.v. 9.4.1991 – XI ZR 136/90 – RPK U 1059/91

Haftung des Wirtschaftsprüfers / vorsätzliche Täuschung des Mandanten

1. Erteilt ein Wirtschaftsprüfer, verursacht durch vorsätzliche Täuschung durch den persönlich haftenden Gesellschafter und den Prokuristen seines Auftraggebers (hier: zu prüfende KG), fahrlässig ein falsches Testat, so kann die KG für Schäden, die ihr infolge der Verwendung der unzutreffenden Bilanz entstehen, vom Wirtschaftsprüfer keinen Schadenersatz verlangen („venire contra factum proprium“); ein vorsätzlich handelnder Geschädigter hat im Verhältnis zu einem fahrlässig handelnden Beteiligten den Schaden allein zu tragen.

2. Kommt es infolge der Verwendung falscher (testierter) Bilanzen zur Konkursverschleppung, so kann der Konkursverwalter für die Konkursgläubiger einen Quotenschaden nur geltend machen, wenn festgestellt werden kann, daß der Wirtschaftsprüfer, als er die Testate fahrlässig erteilte, sich zugleich leichtfertig und gewissenlos über erkannte Bedenken hinweggesetzt oder auf eine unerläßliche Prüfung bewußt verzichtet hat.

OLG Köln Urt.v. 14.12.1990 – 19 U 283/89 – VersR 1991, 565 – vgl. ebenso:

OLG Hamburg GI 11/81

Haftung des Rechtsanwaltes / Fristprüfung / Prozeß- und Verkehrsanwalt

Sowohl der Prozeßbevollmächtigte wie auch der Verkehrsanwalt der Partei, der es übernommen hat, den Berufungsanwalt zu beauftragen, haben in eigener Verantwortung geeignete und verlässliche Maßnahmen zu treffen, die eine zuverlässige Information über den Lauf der Rechtsmittelfrist gewährleisten.

BGH Beschl. v. 22.11.1990 – I ZB 13/90

Beratungspflichten des Steuerberaters

- Steuer- oder Anlageberatung?
- Pflicht zur Schadenverhütung
- Belehrungsbedürftigkeit

(BGH Urt.v. 7. 5. 1991 – IX ZR 188/90)

Leitsätze (amtl.):

1. Zum Umfang der Beratungspflicht des Steuerberaters bei der Beteiligung an steuersparenden Vermögenslagen.
2. Hat der Mandant infolge fehlerhafter Beratung durch den Steuerberater eine nachteilige Vermögensanlageentscheidung getroffen, kann er grundsätzlich nur den Schaden ersetzt verlangen, der ihm durch das Vertrauen auf die Richtigkeit der Beratung entstanden ist.
3. Zum Verjährungsbeginn eines solchen Schadenersatzanspruchs.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Das Steuerberatungsmandat verpflichtet zur Belehrung des Mandanten über die Arten und die Möglichkeiten der zu erzielenden Verlustzuweisungen und über deren Vorteile, Nachteile und Risiken.
2. Nur das Mandat zur Steuer- **und** Anlageberatung verpflichtet auch im Hinblick auf die gesamte Vermögenssituation wirtschaftlich zu beraten.
3. Jeder Gewerbetreibende weiß, daß Steuervorteile aus einer Beteiligung am Bauherrenmodell nur in Betracht kommen, wenn und soweit einkommensteuerpflichtige Einkünfte vorhanden sind. Insoweit besteht keine Belehrungsbedürftigkeit und daher keine Belehrungspflicht des Steuerberaters.
4. Unabhängig vom Mandatsinhalt besteht eine allgemeine Vertragspflicht zur Schadenverhütung. Ist eine wirtschaftliche Fehlentscheidung für den Steuerberater aufgrund der durch seine bisherige Tätigkeit gewonnenen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Mandanten ohne weiteres ersichtlich, so hat er diesem seine Bedenken ungefragt mitzuteilen.
5. Hat der Mandant keinen Anspruch gegen den Treuhänder oder gegen Initiatoren, die Beitrittsverträge rückgängig zu machen, besteht sein Schaden nur in der Differenz zwischen den wirtschaftlichen Folgen und der finanziellen Lage ohne eine solche Beteiligung.

6. Wirft der Mandant dem Steuerberater vor, aufgrund fehlerhafter Beratung eine nachteilige Vermögensanlage vorgenommen zu haben, so ist der Schaden dem Grunde nach bereits mit der Unterzeichnung des ersten Vertrags vom Bauherrenmodell entstanden. Die ist der Zeitpunkt des Verjährungsbeginns.
7. Es gehört grundsätzlich nicht zu den Aufgaben eines Steuerberaters auf evtl. Schadenersatzansprüche gegen seinen Vorgänger hinzuweisen.

Tatbestand:

Die Klägerin verlangt vom Beklagten, ihrem früheren Steuerberater, Schadenersatz wegen falscher Beratung im Zusammenhang mit der Beteiligung an einem sogenannten Bauherrenmodell.

Die Klägerin, die ein Elektrogeschäft betreibt, übersandte dem Beklagten, der ihr schon in der Vergangenheit Beteiligungen an Bauherrenmodellen vermittelt hatte, im Herbst 1980 einen Prospekt über das Objekt „Sch. I.“ mit der Bitte um Prüfung. Der Beklagte bezeichnete die darin genannten Steuervorteile von ca. 300 % für 1980 und ca. 200 % für 1981/82 bei höchster Steuerprogression, bezogen auf die jeweils bar aufzuwendenden Eigenkapitalanteile, als realistisch. Die Klägerin schloß daraufhin die Verträge über zwei Wohnungen mit einem Eigenkapital von insgesamt 94.316 DM, der jeweils zur Hälfte in den Jahren 1980 und 1981/82 aufzubringen war.

Wegen der Beteiligung an anderen Steuersparmodellen hatte die Klägerin im Jahre 1980 ohnehin keine Einkommensteuer zu entrichten; in den nachfolgenden Jahren konnten die Verlustbeträge aus dem Objekt „Sch. I.“ nur teilweise steuermindernd berücksichtigt werden. Mit der am 7.6.1986 erhobenen Klage nimmt die Klägerin deshalb den Beklagten auf Schadenersatz in Anspruch. Sie behauptet, er habe ihr die Vermögensanlage empfohlen, obwohl er aufgrund aller ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen ihre wirtschaftliche Lage genau gekannt habe. Ihr Schaden liege in der aufgewandten Beratungsgebühr, den infolge fehlender Steuerersparnis entstandenen realen Verlusten, den Zinsaufwendungen sowie der bei einer Veräußerung der Wohnungen entstehenden Einbuße.

Das Landgericht hat festgestellt, daß der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin den Schaden zu ersetzen, der ihr daraus entstanden ist, daß die für das Objekt „Sch. I.“, Wohnung 2. OG, 11 (58) und Haus I Nr. 1 Typ 28, eingetragen im Grundbuch von I., Flurstücke 10, 7, 5 u. a. versprochenen Steuervorteile für 1980 und 1981 bei ihr von vorneherein nicht eintreten

konnten. Das Berufungsgericht hat erkannt, der Beklagte habe der Klägerin 75 % des Schadens zu ersetzen, der ihr daraus entstanden sei, daß sie nicht Steuervorteile von 300 % für 1980 und von 200 % für 1981/82 – jeweils bezogen auf das in diesen Jahren aufzuwendende Eigenkapital – erreicht habe. Mit der Revision begehrt der Beklagte weiterhin Klageabweisung.

Aus den Gründen:

Die Revision ist begründet und führt zur Zurückweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I.

1. Das Berufungsgericht hat eine Verletzung vertraglicher Pflichten durch den Beklagten bejaht und zur Begründung ausgeführt: Er habe sich nicht auf die Prüfung beschränken dürfen, ob die im Prospekt geschilderten Verlustzuweisungen theoretisch realisierbar waren, sondern habe bei seinem Rat an die Klägerin, sich an dem I. Bauherrenmodell zu beteiligen, deren spezielle Situation berücksichtigen müssen. Infolge der schon vorhandenen Verlustzuweisungen aus anderen Beteiligungen hätte es ihm obliegen, auf das hohe Risiko hinzuweisen, daß Steuervorteile in dem erstrebten Umfang nur bei einem gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigerten Ertrag entstehen konnten.
2. Die Revision rügt zu Recht, schon die Feststellung, der Beklagte habe der Klägerin zu der Vermögensanlage geraten, sei verfahrensfehlerhaft getroffen worden. Der Tatbestand des Berufungsurteils enthält eine solche Empfehlung nicht als Teil des unstreitigen Sachverhalts. Er erwähnt dort nur die vom Beklagten eingeräumte steuerrechtliche Prüfung des ihm übersandten Prospekts. In den vom Berufungsgericht ergänzend in Bezug genommenen Schriftsätzen hat der Beklagte eine Empfehlung, wie sie die Klägerin behauptet, durchgehend bestritten. Da das Urteil auf das streitige Vorbringen der Parteien nicht eingeht, beruht die Annahme des Berufungsgerichts auf einer Verletzung von § 286 Abs. 1 ZPO.
3. Inhalt und Umfang der Pflichten des Steuerberaters richten sich nach dem im Einzelfall zwischen ihm und dem Mandanten geschlossenen Vertrag. Die Revision meint, der Beklagte habe lediglich Auskunft darübergeben müssen, ob die im Prospekt zu den Steuervorteilen enthaltenen Aussagen realistisch seien. Damit ist der Gegenstand der getroffenen Vereinbarung indes nicht zutreffend beschrieben.

a) Schon nach dem vom Beklagten eingeräumten Sachverhalt beschränkte sich die von ihm zu erbringende Leistung nicht auf die abstrakte Auskunft, ob die im Prospekt dargestellten Steuervorteile für Anleger mit einem Einkommen im Bereich der höchsten Steuerprogression erreichbar waren. Der Beklagte hat nicht bestritten, der Klägerin in der Vergangenheit bereits mehrfach steuersparende Vermögensanlagen vermittelt zu haben. Er hat weiter eingeräumt, die Klägerin habe ihn eingeschaltet, um herauszufinden, ob die Firma Büro T. GmbH, die frühere Beklagte zu 3, auch in B. ein Bauherrenmodell betreibe. Auf seine Veranlassung hin hat ein leitender Angestellter dieser Gesellschaft den Prospekt an die Klägerin übersandt. Im Hinblick auf diese Vorgeschichte lag es für den Beklagten auf der Hand, **daß seiner Antwort maßgebliche Bedeutung für die Anlageentscheidung der Mandantin zukam**. Da die Klägerin den Beklagten ständig mit der Erledigung und Beratung in allen steuerlichen Angelegenheiten betraut und ihn bereits in der Vergangenheit bei Geldanlagen zu Zwecken der Steuerersparnis konsultiert hatte, war ihm eine im Rahmen des Mandats als Steuerberater liegende Aufgabe und nicht eine isoliert davon zu sehende Einzelleistung übertragen worden.

b) Der Steuerberater hat grundsätzlich von der **Belehrungsbedürftigkeit** seines Auftraggebers in steuerlichen Dingen auszugehen. Er schuldet diesem, wenn es um die Beteiligung an einer steuersparenden Vermögensanlage geht, grundsätzlich eine umfassende Aufklärung über die Arten und Möglichkeiten der zu erzielenden Verlustzuweisungen und über deren Vorteile, Nachteile und Risiken in steuerlicher Hinsicht (BGH, Urt. v. 6. 12. 1979 – VII ZR 19/79, WM 1980, 308, 309; v. 4. 3. 1987 – IVa ZR 222/85, WM 1987, 661, 662). Dagegen trifft ihn eine Verpflichtung, **wirtschaftlich zu beraten**, nur, wenn er einen weitergehenden, auch die Anlageberatung einschließenden Auftrag erhalten hat oder von sich aus eine bestimmte Beteiligung empfiehlt. Erst dann darf der Mandant darauf vertrauen, der Steuerberater habe die für ihn wesentlichen wirtschaftlichen Umstände berücksichtigt und einen auf seine aktuelle finanzielle Situation zugeschnittenen Rat erteilt (vgl. BGH, Urt. v. 18. 9. 1985 – IVa ZR 199/83, GI 1986, 33; WM 1985, 150, 1531).

Die Klägerin hat einen solchen Sachverhalt behauptet und unter Beweis gestellt, das Berufungsgericht dazu jedoch keine Feststellungen getroffen. Daher ist für die Revisionsinstanz zu unterstellen, daß der Beklagte ein den üblichen Rahmen der Steuerberatung überschreitendes Mandat nicht erhalten hat.

4. Die Klägerin behauptet nicht mehr, die den Prospekt des I. Bauherrenmodells betreffenden **steuerlichen Auskünfte** des Beklagten seien unzutreffend gewesen. Sie hat die Feststellungen des vom Landgericht beauftragten Sachverständigen zur Höhe der durch die Beteiligung erzielbaren Steuervorteile nicht angegriffen und macht nunmehr allein geltend, der Beklagte hätte ihr deshalb von der Beteiligung abraten müssen, weil ihm bekannt, jedenfalls ohne weiteres ersichtlich gewesen sei, daß unter Berücksichtigung der ihr schon zufließenden Verlustzuweisungen kein Einkommen mehr verbleibe, um die gebotenen Steuervorteile nutzen zu können. Die Klägerin wirft dem Beklagten damit einen **Fehler in wirtschaftlicher, nicht in steuerlicher Hinsicht vor; denn jedem Gewerbetreibenden ist bewußt, daß Steuervorteile aus einer solchen Beteiligung nur in Betracht kommen, wenn und soweit ihm einkommensteuerpflichtige Einkünfte verbleiben**. Insoweit ist er **nicht belehrungsbedürftig**. Gleichwohl hat das Berufungsgericht eine Pflichtverletzung des Beklagten bejaht. Das hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

- a) Der Steuerberater hat allerdings im Rahmen seiner **allgemeinen Vertragspflicht, den Mandanten vor Schaden zu bewahren**, auf etwaige wirtschaftliche Fehlentscheidungen hinzuweisen, wenn diese für ihn offen zutage liegen (BGH, Urt. v. 4. 3. 1987 – IVa ZR 222/85, GI 1987, 119 = WM 1987, 661, 662). Ist für ihn aufgrund der durch seine bisherige Tätigkeit gewonnenen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Klienten ohne weiteres ersichtlich, daß eine vorgesehene Vermögensanlage den damit beabsichtigten Zweck der Steuerersparnis nicht erreichen wird, so hat er dem Auftraggeber seine Bedenken von sich aus mitzuteilen.
- b) Solche besonderen Umstände zeigt das angefochtene Urteil nicht auf. Sie lassen sich dem bisherigen Vorbringen der Klägerin auch nicht entnehmen.

Allerdings enthält der Steuerbescheid der Klägerin für das Jahr 1980 zur Höhe des zu versteuernden Einkommens folgende Feststellungen:

Einkünfte aus Gewerbebetrieb	260.130 DM
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	66.938 DM
Verluste aus Vermietung und Verpachtung (ohne I.)	– 373.492 DM
	– 46.424 DM
Verluste aus I.	– 112.491 DM
Sonderausgaben und sonstige Freibeträge	– 11.099 DM
Einkommen	– 170.014 DM

Danach konnten sich die Verluste aus dem I. Bauherrenmodell für die Klägerin im Jahre 1980 überhaupt nicht steuermindernd auswirken. Indes belegt der Umstand, daß der Beklagte die Buchhaltung erledigte, die anderen Vermögensbeteiligungen kannte und der Steuerbescheid des Jahres 1979 negative Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 249.251 DM enthielt, nicht hinreichend, daß eine Beteiligung in I. eine ihm im November 1980 ohne weiteres ersichtliche Fehlentscheidung darstellte. Das Berufungsurteil zeigt nicht auf, **in welcher Größenordnung die Einkünfte und die Verluste aus Vermietung und Verpachtung für das Jahr 1980 damals absehbar waren**. Es beachtet nicht, daß die tatsächlichen Verluste an Beteiligungsobjekten von den in den Prospekten errechneten nicht selten erheblich abweichen und die Zeichnung steuer-sparender Beteiligungen auch wegen der **Möglichkeit des Verlustabzugs nach § 10 d EStG** wirtschaftlich lohnend sein kann, und trifft auch keine Feststellungen dazu, ob dem Beklagten der **Umfang der von der Klägerin beabsichtigten Beteiligung bekannt war**. Damit fehlt es an der notwendigen Tatsachengrundlage für den Vorwurf, er habe die allgemeine Pflicht zur Schadenverhütung durch das Versäumnis, auf klar zutage liegende schwerwiegende Risiken für die Klägerin hinzuweisen, verletzt.

II.

Das angefochtene Urteil ist auch insoweit rechtsfehlerhaft, als es der Klägerin etwas zugesprochen hat, was sie nicht beantragt hat und ihr auch nicht zusteht.

1. Nach dem Inhalt des vom Berufungsgericht formulierten Feststellungsausspruch hat der Beklagte der Klägerin die finanziellen Nachteile zu erstatten, die sich daraus ergeben, daß ihr Steuervorteile nicht in dem vom Prospekt angegebenen Umfang zugeflossen sind. Der **Schaden** bestände danach in der Differenz zwischen den bei hohem Einkommen möglichen und den tatsächlich erzielten Steuervorteilen. Die Klägerin begehrt jedoch Ersatz des Schadens, der ihr dadurch entstanden ist, daß sie der angeblichen Empfehlung des Beklagten vertraut hat. Sie behauptet, sie hätte sich bei sachgerechter Beratung durch den Beklagten nicht an dem Bauherrenmodell in I. beteiligt, und verlangt daher, wirtschaftlich so gestellt zu werden, wie wenn sie die diesbezüglichen Verträge nicht eingegangen wäre. Das kommt zwar in dem gestellten Antrag nur unvollkommen zum Ausdruck, geht aber aus der Klagebegründung und dem nachfolgenden Vorbringen hinreichend deutlich hervor. Das Berufungsgericht hätte daher gemäß § 139 ZPO auf eine sachgerechte Antragstellung in dem Sinne

hinwirken müssen, daß der Beklagte der Klägerin den Schaden zu ersetzen hat, der ihr durch die Beteiligung an dem Bauherrenmodell „Sch. I.“ entstanden ist.

2. Im übrigen steht der Klägerin ein Anspruch, wie ihn das Berufungsgericht gewähren will, selbst dann nicht zu, wenn der Beklagte eine ihm obliegende Beratungspflicht schuldhaft verletzt hat. Der Steuerberater kann wegen fehlerhafter Beratung grundsätzlich nicht auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung der steuerlichen Vorteile des Anlagemodells im Sinne einer Garantie für einen bestimmten steuerlichen Erfolg in Anspruch genommen werden; denn aus lediglich beratender Tätigkeit läßt sich eine solche Haftung nicht herleiten. **Er hat vielmehr dem Mandanten nur den Nachteil zu ersetzen, der ihm durch das Vertrauen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der erhaltenen Beratung entstanden ist**, ihn also so zu stellen, wie er bei pflichtgemäßem Verhalten stände. Der Schaden ist daher grundsätzlich in derselben Weise wie in Fällen der Anwalts- und Notarhaftung zu berechnen (dazu BGHZ 96, 352, 354; Senatsurt. v. 20. 11. 1984 – IX ZR 9/84, WM 1985, 203, 204 = VersR 1985, 146; v. 17. 3. 1988 – IX ZR 43/87, NJW 1988, 2880, 2881). Da die Klägerin keinen Anspruch gegen den Treuhänder oder die Initiatoren des Bauherrenmodells hat, die diesbezüglichen Verträge rückgängig zu machen, besteht ihr Schaden in der Differenz zwischen den wirtschaftlichen Folgen der das I. Objekt betreffenden Verträge und der finanziellen Lage ohne eine solche Beteiligung.

Ob bei nicht sachgerechter Vermögensberatung als ersatzfähiger Nachteil auch der Betrag in Betracht kommt, welchen der Geschädigte für das ihm empfohlene Anlageobjekt zuviel aufgewendet hat (vgl. BGH, Urt. v. 27. 9. 1988 – XI ZR 4/88, GI 1989, 36 = ZIP 1988, 1464, 1467), kann offenbleiben. Diese Rechtsprechung betrifft Fälle, in denen das Anlageobjekt selbst Mängel aufweist und deshalb den vom Anleger gezahlten Preis objektiv nicht wert ist. Das macht die Klägerin hier nicht geltend. Ihr Schaden soll allein darin liegen, daß sie infolge ihrer individuellen Einkommenslage die von dem Anlageobjekt gebotenen Steuervorteile nur sehr eingeschränkt nutzen konnte und deshalb bei einem entsprechenden Hinweis sich nicht beteiligt hätte.

III.

Das angefochtene Urteil ist daher aufzuheben (§ 564 Abs. 1 ZPO). Für das neue Berufungsverfahren weist der Senat auf folgendes hin:

1. Ergibt sich aufgrund der durchzuführenden Beweisaufnahme, daß der Beklagte seine Beratungspflichten schuldhaft verletzt hat und deshalb zum Schadenersatz verpflichtet ist, dringt er mit der Verjährungseinrede nicht durch.
 - a) Die dreijährige Verjährungsfrist nach § 68 StBerG beginnt allerdings nicht, wie das Berufungsgericht meint, erst mit dem Abschluß einer Betriebsprüfung, die hier bis zur Klageerhebung nicht durchgeführt worden ist. Wie der Senat nunmehr, in Abweichung von der bisherigen Rechtsprechung des IVa-Zivilsenats (GI 1986, 27 = BGHZ 96, 290), entschieden hat, ist der durch eine Pflichtwidrigkeit des Steuerberaters verursachte Schaden nur dann infolge der Außenprüfung entstanden, wenn aufgrund dieser Maßnahme **höhere Steuern erhoben werden** und die Mehrbeträge ohne den Fehler des Steuerberaters auch nach dem Ergebnis der Außenprüfung nicht festgesetzt worden wären. Ansonsten beginnt die Verjährung mit der Bestandskraft des Bescheides, der auf die fehlerhafte Steuererklärung hin ergangen ist (Urt. v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90, GI 1991, 171; vgl. BGHZ 73, 363; BGH, Urt. v. 14. 7. 1982 – IVa ZR 10/81, VersR 1982, 1053).
 - b) **Vorliegend ist indes dem Steuerberater kein Fehler bei Abgabe der Steuererklärung unterlaufen.** Die Steuerbescheide entsprechen der Sach- und Rechtslage. Vielmehr wirft die Klägerin dem Beklagten vor, ihr eine nachteilige Vermögensanlage empfohlen beziehungsweise sie vor einer offen zutage liegenden Fehlentscheidung nicht gewarnt zu haben. Infolgedessen verlangt sie Ersatz der ihr daraus entstandenen vermögensrechtlichen Nachteile. Dieser Schaden kann dem Grunde nach bereits mit dem Zeitpunkt der rechtlichen Bindung an das Beteiligungsobjekt eingetreten sein. Danach kommt hier als frühester Verjährungsbeginn die Unterzeichnung des ersten Vertrages zum I. Bauherrenmodell am 28. 11. 1980 in Betracht.
 - c) Da der Beklagte aber – eine Vertragsverletzung unterstellt – den Beratungsfehler bei Abgabe der Steuerklärungen für die Jahre 1981 und 1982 hätte bemerken müssen, hatte er begründeten Anlaß, hierauf und auf den Wortlaut des § 68 StBerG hinzuweisen. Er hat auch nicht ausreichend dargetan, daß die Klägerin schon rechtzeitig vor Ablauf des Primäranspruchs ihren jetzigen Steuerberater beauftragt und von diesem eine entsprechende Belehrung erhalten hat (vgl. Senat, Urt. v. 18. 9. 1986 – IX ZR 204/85, NJW 1987, 326). **Im übrigen gehört es grundsätzlich nicht zu den Aufgaben eines Steuerberaters, auf eventuelle Schadenersatzansprüche gegen**

seinen Vorgänger hinzuweisen. Die Verjährung des infolgedessen entstandenen Sekundäranspruchs (vgl. Senatsurt.v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90, GI 1991, 171) begann erst mit dem Eintritt der Verjährung des Primäranspruchs (BGHZ 94, 380, 390; BGH, Urt.v. 25. 9. 1990 – XI ZR 126/89, GI 1990, 219 = WM 1990, 1915), somit frühestens am 29. 11. 1983. Die Klage ist daher am 7. 6. 1986 rechtzeitig erhoben worden.

2. Das Berufungsgericht ist nicht gehindert, der Klägerin 3/4 des Schadens zuzuerkennen, obwohl sie in erster Instanz nur die Hälfte ihres Schadens geltend gemacht und das Landgericht unter Verstoß gegen § 308 Abs. 1 ZPO eine weitergehende Feststellung zu Lasten des Beklagten getroffen hatte. Der vom Landgericht begangene Verfahrensverstoß ist dadurch geheilt, daß die Klägerin Zurückweisung der Berufung beantragt und dadurch in zulässiger Weise (§§ 523, 264 Nr. 2 ZPO) ihr Begehren erweitert hat (vgl. BGH, Urt.v. 20. 4. 1990 – V ZR 282/88, BGHR ZPO § 308 Abs. 1 Heilung 2 m.w.N.).

Haftung des Steuerberaters

- Schaden
- Darlegungslast
- Zwei-/Einfamilienhaus

(KG Urt.v. 1. 6. 1990 – 7 U 8026/89 – VersR 1991, 705)

Leitsatz:

Wer einen Schadenersatzanspruch wegen unrichtiger steuerlicher Beratung geltend macht, muß einen hierdurch entstandenen konkreten Schaden darlegen und beweisen. Hierbei muß er die gesamte Vermögenslage berücksichtigen, nicht nur die steuerliche Abschreibungsmöglichkeit.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht der geltend gemachte Anspruch aus positiver Vertragsverletzung des Geschäftsbesorgungsvertrags oder wegen Erteilung einer unrichtigen Auskunft (§ 676 BGB) nicht zu. Zwischen den Parteien ist unstreitig, daß der Beklagte den Kläger insoweit falsch beraten hat, als er eine steuerliche Abzugsmöglichkeit von 12.500 DM jährlich seinen

Berechnungen zugrunde gelegt hat. Bei der Erteilung einer unrichtigen Auskunft richtet sich der Schadenersatz nach dem negativen Interesse, dem Vertrauensschaden. Der Geschädigte ist so zu stellen, wie er gestanden hätte, wenn ihm die richtige Auskunft erteilt worden wäre (BGH VersR 81, 435 = NJW 81, 1035; OLG Hamm MDR 87, 233; Palandt/Heinrichs, BGB 49. Aufl. § 249 Anm. 2 g bb). Dabei trifft die Beweislast für die Entstehung des Schadens den Geschädigten (Palandt/Heinrichs aaO Anm. 8 a). Der Kläger hat einen ihm entstandenen Schaden nicht **substantiiert dargelegt**, so daß dahingestellt bleiben kann, **ob er tatsächlich bei richtiger Beratung ein Zweifamilienhaus gekauft hätte**.

Die Frage, ob ein ersatzfähiger Vermögensschaden vorliegt, ist nach der sogenannten Differenztheorie zu entscheiden: In erster Linie maßgeblich ist danach ein Vergleich der infolge des haftungsbegründenden Ereignisses eingetretenen Vermögenslage mit derjenigen, die sich ohne dieses Ereignis ergeben hätte (BGH VersR 77, 665 = NJW 78, 262; 80, 378 = NJW 80, 775; 83, 298 = NJW 83, 444; NJW 83, 1605; 84, 2037 [2038]).

Mithin ist für den Kläger nur dann ein Schaden entstanden, wenn er durch den Erwerb eines Einfamilienhauses insgesamt schlechter stünde als beim Erwerb des in Erwägung gezogenen Zweifamilienhauses. Dabei muß die gesamte Vermögenslage berücksichtigt werden und nicht nur die steuerliche Abschreibungsmöglichkeit. Der Schaden ist grundsätzlich konkret zu berechnen, mithin die tatsächlich eingetretene Vermögensminderung und die ausgebliebene Vermögensmehrung (Palandt/Heinrichs aaO Anm. 4 a).

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze läßt sich den Darlegungen des Klägers ein Schaden nicht entnehmen (wird ausgeführt).

Eine konkrete Schadenberechnung hätte es erforderlich gemacht, daß der Kläger diese höheren Aufwendungen, die er ja tatsächlich nicht vorgenommen hat, im einzelnen dargelegt und der Abschreibungsmöglichkeit gegenübergestellt hätte. Erst danach kann festgestellt werden, ob überhaupt ein Schaden entstanden ist. In diesem Rahmen wäre dann auch erst der Vermögenszuwachs durch den Erwerb eines Zweifamilienhauses zu berücksichtigen.

Der Senat sieht sich auch nicht in der Lage, nach § 287 ZPO festzustellen, ob ein Schaden entstanden und wie hoch dieser ist. Das Gericht muß dann von einer Schätzung nach § 287 ZPO absehen, wenn sie mangels greifbarer Anhaltspunkte völlig in der Luft hängen würde (BGH NJW 84, 2215 [2216]; 87, 909 [910]).

So liegt es hier, da der Kläger nur tatsächliche Grundlagen für sein Einkommen und die Abschreibungsmöglichkeit angegeben hat. Diese Angaben ermöglichen aber nur eine Schätzung ins Blaue (wird ausgeführt).

Unter diesen Umständen kann vernünftigerweise nicht angenommen werden, daß der Kläger nur um der höheren Abschreibungsmöglichkeiten willen das Zweifamilienhaus erworben hätte, wenn er dies gewußt hätte. Die weitergehenden Steuervorteile sind nicht so groß, daß sie die Mehraufwendungen ausgeglichen hätten. Der Kläger trägt außerdem selbst vor, daß ihm das Einfamilienhaus mehr zugesagt habe. Der zeitliche Ablauf, der zum Kauf des Einfamilienobjekts führte, spricht auch dafür, daß der Kläger ohnehin zum Kauf entschlossen war (**wird ausgeführt**).

Haftung des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers

- Anlageberatung, Steuerberatung
- Beratungspflichten

(Hanseatisches OLG Urt. v. 28. 11. 1990 – 5 U 139/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der steuerliche Berater hat den Mandanten ungefragt auf wirtschaftliche Fehlentscheidungen hinzuweisen, wenn solche offen zutage liegen.
2. Die gesellschaftsrechtliche Haftungsmöglichkeit des Mandanten aus einer Beteiligung macht allein nicht die Gefahr einer wirtschaftlichen Fehlentscheidung offenkundig.
3. Ist im Beteiligungsvertrag die Haftung erwähnt, ohne daß der Mandant die Haftungsklausel versteht, so ist es zunächst seine Pflicht, sich über die Bedeutung der Haftungsklausel zu informieren.
3. Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte, Anlagenvermittler sind mit Rücksicht auf ihre allgemein anerkannte und herausgehobene berufliche und wirtschaftliche Stellung bzw. wegen ihrer Eigenschaft als berufsmäßige Sachkenner als Garanten für die Richtigkeit der von ihnen erteilten Auskünfte oder der unter ihrer Mitwirkung entstandenen Prospekte anzusehen. Die Haftung aus dieser Garantenstellung tritt

aber nur ein, wenn diese Person durch ihre nach außen in Erscheinung tretende Mitwirkung bei der Anlageberatung bzw. an dem Prospekt einen besonderen Vertrauenstatbestand geschaffen hat.

Der Hinweis, die Initiatoren zu kennen bzw. diese steuerlich zu betreuen besagt weder etwas über die Bonität des Objekts noch darüber dieses Anlageobjekt fachlich geprüft zu haben.

4. Der stillschweigende Abschluß eines Beratungsvertrages setzt voraus, daß der Steuerberater Auskünfte, d. h. Sachinformationen gegeben hat, die eine sachliche Grundlage für die Anlageentscheidung liefern konnten und für den Beteiligungsinteressenten erkennbar von erheblicher Bedeutung waren.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist zulässig, aber nicht begründet. Das Landgericht hat die Klage im Ergebnis zu Recht abgewiesen, weil dem Kläger Schadenersatzansprüche weder gegen die Beklagte zu 1. (I.) noch gegen den Beklagten zu 2. (II.) zustehen.

- I. Die Beklagte zu 1. haftet nicht für die Folgen der Fehlinvestition des Klägers. Sie hat ihm gegenüber **keine Vertragspflichten verletzt**.
1. Unstreitig besteht zwischen dem Kläger und der Beklagten zu 1. seit 1980 ein **Steuerberatervertrag**. Im Rahmen dieses Vertrages hat die Beklagte zu 1. den Kläger seither umfassend steuerlich beraten und auch im übrigen die steuerlichen und buchhalterischen Belange des Klägers wahrgenommen. Hierbei hat sie – durch den Beklagten zu 2. – den Kläger darauf hingewiesen, daß er wegen seiner hohen Steuerpflichtungen „etwas tun solle, um diese zu mindern“. Zugleich hat der Beklagte zu 2. auf die Möglichkeit einer Beteiligung an der Parteneederei „E.“ hingewiesen.

Der Kläger behauptet nicht, von der Beklagten zu 1. insoweit steuerlich fehlerhaft beraten worden zu sein. Er bestreitet insbesondere nicht, durch Verlustzuweisungen in den Jahren 1982 bis 1984 232.000 DM Steuern gespart zu haben. Der Kläger **stützt seinen Anspruch vielmehr auf die Behauptung, durch sachlich falsche oder unvollständige Informationen zu einer wirtschaftlichen Fehlentscheidung verleitet** worden zu sein. Dieser Vorwurf wird jedoch zu Unrecht erhoben.

Der steuerliche Berater ist im Rahmen seiner allgemeinen Vertragspflichten zwar gehalten, seinen Mandanten auf wirtschaftliche Fehl-

entscheidungen, **sofern solche offen zutage liegen**, hinzuweisen und ihn davor zu bewahren (BGH v. 4. 3. 1987, GI 1987, 119 = DB 1987, 1293 f; v. 20. 5. 1987, GI 1987, 117; BB 1987, 1418). Hierfür sprechende Tatsachen konnte der Senat jedoch nicht feststellen.

Der Kläger hatte zunächst vorgetragen, die Firmengruppe um die Initiatoren der Partenreederei sei schon im Jahre 1982 in finanziellen Schwierigkeiten gewesen; die Beklagten hätten dieses auch gewußt. Diesen Vortrag hat der Kläger in der Berufung fallengelassen.

Der Kläger hat ferner behauptet, der Beklagte zu 2. habe ihn nicht auf die proratarische Haftung hingewiesen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß der Beklagte zu 2. mit Rücksicht auf seine eigene Beteiligung an einer Partenreederei wußte, daß die Parten proratarisch haften, so war er doch aufgrund des Steuerberatervertrages **nicht verpflichtet, den Kläger auf diese Haftungsart besonders hinzuweisen, denn die Vereinbarung einer derartigen Haftung allein macht nicht die Gefahr einer wirtschaftlichen Fehlentscheidung offenkundig**. Es müssen vielmehr – wie im vorliegenden Fall schließlich geschehen – wirtschaftliche Fehlentwicklungen hinzutreten, die die proratarische Haftung für erwirtschaftete Unterschüsse auslösen. Derartige Fehlentwicklungen waren jedoch im September 1982, als dem Kläger die Beteiligung empfohlen worden ist, nicht offenkundig.

Hinzu kommt, daß die proratarische Haftung in dem Partenreedereivertrag vom 1. 1. 1982 mehrfach erwähnt worden ist. Es wäre deshalb **zunächst Sache des Klägers gewesen, sich über die Bedeutung der proratarischen Haftung zu informieren**, bevor er den Vertrag mit der – ihm offenbar unbekannten – Haftungsklausel unterzeichnete. Etwaige Folgen dieser Versäumnis können nicht auf die Beklagte zu 1. überbürdet werden mit der Begründung, diese hätte ihn ungefragt auf die **Bedeutung dieser Haftungsform** hinweisen müssen. Etwas anderes könnte allenfalls dann gelten, wenn die Beklagte zu 1. als **Anlageberaterin tätig geworden und insoweit vertraglich Beratungspflichten** übernommen hätte. Davon kann jedoch nicht, wie noch auszuführen sein wird, die Rede sein.

2. Die Beklagte zu 1. ist auch nicht deshalb zum Schadenersatz verpflichtet, weil ihr Angestellter, der Beklagte zu 2., den Kläger seit Mitte 1980 regelmäßig steuerlich betreut hat, der Kläger den Beklagten zu 2. in dieser Zeit als sachkundigen, zuverlässigen Steuerberater kennengelernt und sich in dieser Zeit zwischen dem Kläger und dem Beklagten zu 2. ein besonderes, aus der gemeinsamen Zusammenarbeit hergeleitetes Vertrauen gebildet hat. Selbst wenn der Kläger

aufgrund dieses Vertrauens davon ausgegangen sein sollte, der Beklagte zu 2. habe das Anlageobjekt Partenreederei „E.“ vor seinem Hinweis auf diese Beteiligungsmöglichkeit vollständig geprüft, kann das allein keinen Anspruch des Klägers begründen. Abgesehen davon hat die Anhörung des Klägers durch den Senat ergeben, daß dieser sich derartige Vorstellungen tatsächlich nicht gemacht hat.

Der BGH hat für den Fall der Kapitalanlage in Form einer Beteiligung an einer Publikums-KG (WM 1980, 794) und im Zusammenhang mit der Prospekthaftung (Gl 90, 221 = WM 1990, 1276) **bestimmte Personen mit Rücksicht auf ihre allgemein anerkannte und herausgehobene berufliche und wirtschaftliche Stellung oder wegen ihrer Eigenschaft als berufsmäßige Sachkenner als Garanten für die Richtigkeit der von ihnen erteilten Auskünfte oder der unter ihrer Mitwirkung entstandenen Prospekte angesehen** (z. B. Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte, Anlagenvermittler). Er hat diese Garantenstellung jedoch ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß die betreffende Person durch ihre nach außen in Erscheinung tretende Mitwirkung bei der Anlageberatung bzw. an dem Prospekt einen besonderen Vertrauenstatbestand geschaffen haben.

Auf diesen **besonderen Vertrauenstatbestand** kommt es entscheidend an. Es kann nicht ausreichend sein, daß jemand schon wegen seiner allgemein anerkannten beruflichen Stellung oder seiner allgemein anerkannten Sachkunde für jeden, eine Anlage betreffenden Hinweis haftet, weil sein Berufsstand allgemeines Vertrauen genießt. Es reicht auch nicht aus, daß dieses allgemeine Vertrauen sich aufgrund langjähriger Zusammenarbeit gebildet hat. **Es müssen vielmehr nach außen erkennbare Umstände hinzutreten, die ein besonderes auf ein bestimmtes Anlageobjekt bezogenes Vertrauen in die Anlageempfehlung begründen, wie etwa der Hinweis eines Wirtschaftsprüfers, das Anlageobjekt geprüft zu haben.** Die Umstände müssen den Schluß rechtfertigen, daß die anerkannte berufliche Qualifikation und Sachkunde gerade im Hinblick auf die maßgebliche Anlage eingesetzt worden ist und sich daraus eine Gewähr für die Bonität der Anlage ergibt. Hieran fehlt es im vorliegenden Falle.

Der Senat ist aufgrund der Aussage der Zeugin S. zwar davon überzeugt, daß der Beklagte zu 2. die Partenreederei „E.“ gegenüber dem Kläger allgemein angepriesen und daß er sich insbesondere positiv über die Initiatoren und einige Mitreeder geäußert hat, die er steuerlich berate. Es mag auch sein, daß er die Anlage als günstiges Objekt bezeichnet hat. Aus den Äußerungen des Beklagten zu 2. konnte **der Kläger aber nicht mehr entnehmen als nur die Meinung des Beklagten zu 2., es handele**

sich um eine günstige und risikolose Anlage, weil er die Initiatoren kannte. Irgendwelche Hinweise darauf, daß der Beklagte zu 2. in seiner Eigenschaft als Steuerberater das Anlageobjekt geprüft hatte, sind dem Kläger vom Beklagten zu 2. nicht gegeben worden. Der Hinweis allein, der Beklagte zu 2. betreue den Kreis der Reeder steuerlich – so Aussage des Klägers im Senatstermin – besage für die Bonität des Objektes nichts. Der Kläger konnte aufgrund dieser Angaben nicht darauf vertrauen, daß der Anlageempfehlung eine sorgfältige fachliche Prüfung durch den Beklagten zu 2. zugrunde gelegen hat. Für ein derartiges Vertrauen hat der Beklagte zu 2. keinen Anlaß gegeben.

Auch die Aussage der Zeugin S. führt zu keiner anderen Wertung. Ihrer Aussage konnte der Senat nur entnehmen, daß die Zeugin an das damalige Gespräch eine recht unbestimmte Erinnerung hatte und daß sich bei ihr der allgemeine Eindruck verfestigt hatte, die Schiffsbeteiligung sei als risikoloses und günstiges Geschäft bezeichnet worden. Konkrete Einzelheiten können aufgrund ihrer Aussage nicht als bewiesen angesehen werden. Insbesondere steht nicht zur Überzeugung des Senats fest, daß der Beklagte zu 2. damals geäußert hat, er habe alles in der Hand, er habe das ganze Objekt als Wirtschaftsprüfer überprüft oder überprüfe es, er kümmere sich um die Abwicklung des Schiffsbauens. Diese Angaben beruhen ersichtlich nicht auf sicherer Erinnerung der Zeugin. Von einer Kontrolle des Schiffsbaus in China (!) durch den Beklagten zu 2. hat der Kläger selbst nichts vorgetragen, einer solchen Erklärung hätte auch jede reale Grundlage gefehlt; Wirtschaftsprüfer ist der Beklagte zu 2. nicht.

3. Eine **weitergehende Beratungsverpflichtung** oblag der Beklagten zu 1. nicht. Sie ist nicht als Anlageberaterin tätig geworden. **Ein Vertrag über die Beratung des Klägers betreffend seine Beteiligung an der Partenreederei „E“** ist weder ausdrücklich noch stillschweigend abgeschlossen worden.

Ein ausdrücklich abgeschlossener Beratungsvertrag dieser Art wird vom Kläger selbst nicht behauptet. Von einem **stillschweigenden Abschluß** ist nur dann auszugehen, wenn Auskünfte erteilt werden, die für den Empfänger erkennbar von erheblicher Bedeutung sind und die dieser zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse oder Maßnahmen machen will (BGHZ 74, 103, 106), und es sich um **Sachinformationen handelt, die dem Ratsuchenden eine sachliche Grundlage für die eigene Anlageentscheidung liefern können**. Nur die Mitteilung von auf die Anlage bezogenen Tatsachen rechtfertigt die Auffassung des Ratsuchenden, der Berater habe sich mit der Anlage sachlich ausein-

andergesetzt, sie insbesondere geprüft und sei – bezogen auf diese Anlage – sachkundig. Nur in diesem Falle darf der Ratsuchende erwarten, daß die vom Ratgeber mitgeteilten Tatsachen zutreffen und vollständig sind und eine sichere Grundlage für seine Anlageentscheidung liefern. Diese Erwartung des Ratsuchenden rechtfertigt es umgekehrt, daß der Berater ihm für fehlerhafte und unvollständige Informationen einsteht.

Es kann nicht festgestellt werden, daß der Beklagte zu 2. dem Kläger derartige Sachinformationen geliefert hat. Nach der Beweisaufnahme kann nur davon ausgegangen werden, daß der Beklagte zu 2. die Beteiligungsmöglichkeit genannt und als günstig empfohlen hat. Selbst wenn er darüber hinaus erklärt haben sollte, daß er die Initiatoren und Mitreeder lange kenne und daß sie von ihm steuerlich betreut würden, es sich um honorige Kaufleute handle, hat er damit keine die Partenreederei „E.“ betreffenden konkreten Tatsachen mitgeteilt, die die ausreichende Grundlage für eine selbständige Anlageentscheidung des Klägers hätten bilden können. Die Erklärungen des Beklagten zu 2. rechtfertigten insbesondere nicht die Annahme, **er habe sich mit der Partenreederei „E.“ sachlich befaßt, sie insbesondere wirtschaftlich und rechtlich überprüft, und sei insoweit sachkundig.** Die allgemein gehaltenen, wertenden Anpreisungen, insbesondere der Personen der Initiatoren und Mitreeder legten im Gegenteil den Schluß nahe, der Beklagte zu 2. habe sich nicht sachkundig gemacht, habe also nicht das Anlageobjekt in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht überprüft.

Aufgrund des unbestimmten Hinweises des Beklagten zu 2., die Beklagte zu 1. berate die Initiatoren und einige Mitreeder steuerlich, konnte der Kläger nicht den Schluß ziehen, im Rahmen jener steuerlichen Beratung sei es schon bis September 1982 auch zu einer wirtschaftlichen und rechtlichen Prüfung der Partenreederei „E.“ gekommen. Etwas anderes ergibt auch die Aussage der Zeugin S. nicht, der Beklagte zu 2. habe „wohl auch gesagt, daß er als Wirtschaftsprüfer das ganze Objekt überprüfe“. Die Zeugin war sich selbst nicht sicher, ob eine derartige Äußerung tatsächlich in dem Gespräch im September 1982 gefallen ist, so daß schon deshalb aus dieser Aussage eine für die Entscheidung wesentliche Schlußfolgerung nicht gezogen werden kann.

Die Beklagten **sind auch nicht in den Vertrieb der Anlage eingeschaltet gewesen.** Vertriebsbeauftragte der Firma Sch. und C. waren nicht die Beklagten, sondern der Dipl. Kfm. W. Dem Kläger sind die Investitionsrechnung und die „Rechnung für den Anleger“ nicht vom Beklagten zu 2. ausgehändigt worden, wie er zunächst behauptet hatte. Seine Anhörung durch den Senat hat ergeben, daß er diese Urkunden bis zu seiner Anlageentscheidung am 1. 11. 1982 nicht in Händen gehabt hat.

Die Beteiligungsempfehlung durch den Beklagten zu 2. hat deshalb keine weitergehenden Auskunft- oder Beratungspflichten der Beklagten zu 1. begründet als sie aufgrund des Steuerberatungsvertrages bestanden haben. Eine zum Schadenersatz verpflichtende Pflichtverletzung der Beklagten zu 1. ist nicht feststellbar.

II. Ein Anspruch des Klägers gegen den Beklagten zu 2. besteht gleichfalls nicht.

Abgesehen davon, daß der Beklagte zu 2. im Rahmen des Steuerberatungsvertrages als **Erfüllungsgehilfe** der Beklagten zu 1. tätig geworden ist, sein Verhalten als grundsätzlich dieser zugerechnet werden muß, scheidet eine Haftung des Beklagten zu 2. auch schon deshalb aus, weil kein Beratungsverschulden festgestellt werden kann. Wie schon ausgeführt worden ist, kann nicht festgestellt werden, daß der Beklagte zu 2. durch seine Äußerungen in dem Kläger das Vertrauen darauf hervorgerufen hat, **es handele sich bei der empfohlenen Beteiligung um ein von ihm, dem Beklagten zu 2., auf Bonität geprüftes Objekt**. Er ist nicht als **Anlageberater** tätig geworden und hat entsprechende Verpflichtungen nicht übernommen.

Haftung des Steuerberaters

- ungefragte Belehrungspflicht
- Ehegattenarbeitsverhältnis

(OLG Düsseldorf Urt. v. 18.10.1990 – 18 U 124/90 – rkr.)

Leitsätze (d.Verf.):

Hat der Steuerberater den Mandanten über die Besonderheiten des Ehegattenarbeitsverhältnisses belehrt und wird die Auszahlungspraxis geändert, so kann er unterstellen, daß das angegebene Konto das eigene Konto des Ehegatten ist. (Hier: Ehegatte war lediglich verfügungsbefugt)

Aus den Gründen:

Der Beklagte übte steuerberatende Tätigkeit für das Unternehmen A. B. aus, das zunächst dem Vater der Klägerin gehörte und seit Anfang 1981 der Klägerin. Er war und ist mit den steuerlichen Belangen der Eheleute S.

(Klägerin und Ehemann) nicht befaßt. Unstreitig hat er der Klägerin empfohlen, das Gehalt des Ehemannes als Geschäftsführer des Unternehmens nicht mehr bar auszuzahlen, sondern auf ein Konto des Ehemannes zu überweisen. Unwidersprochen ist der Vortrag des Beklagten, daß er diesen Hinweis gegeben habe, nachdem er aus den Buchführungsunterlagen des Unternehmens festgestellt hatte, daß der Ehemann teilweise durch private Entnahmen sich das Gehalt ausgezahlt hatte. **Die neue Zahlungspraxis, beginnend mit der Überweisung vom 27.1.1984, erweckte den Anschein, daß das Gehalt auf ein Konto des Ehemannes gezahlt wurde.** Denn er ist in dem Überweisungsträger als „Empfänger“ genannt, die eingetragene Kontonummer sowie das bezeichnete Kreditinstitut beziehen sich auf die Konto-Nummer „des Empfängers“ und das Bankkonto „des Empfängers“, der gesamte Überweisungsvordruck lautet auf Überweisung auf ein bestimmt bezeichnetes oder ein anderes Konto „des Empfängers“. **Der Klägerin als Kauffrau ist vorzuhalten, daß sie hier grundlegende Vorschriften des kaufmännischen Zahlungsverkehrs verletzt und dadurch den Anschein hervorgerufen hat, als zahle sie das Gehalt auf ein dem Ehemann gehörendes Bankkonto.** Der Beklagte konnte davon ausgehen, daß die Klägerin seinem Rat gefolgt war. Denn er hat lediglich das Firmenkonto gebucht. Mit dem Privatkonto der Eheleute hatte er nichts zutun, auch nicht mit der betrieblichen Gehaltsbuchführung, die von der Klägerin und dem Ehemann erledigt wurde, wie aus der Bekundung des Ehemannes der Klägerin folgt.

Der **Beklagte hatte bei dieser Sachlage keinen Anlaß, ungefragt die Klägerin über Einzelheiten der Überweisungspraxis zu belehren.** Denn er durfte in Rechnung stellen, daß die Klägerin, nach dem er sie wegen der Besonderheiten des Ehegattenarbeitsverhältnisses belehrt und sie die Auszahlungspraxis geändert hatte, entsprechend den von ihr verwendeten Vordrucken auf ein eigenes Konto des Ehemannes überweise. Er brauchte nicht damit zu rechnen, daß das angegebene Konto das eigene Konto der Klägerin war, über das der Ehemann lediglich verfügungsbefugt war. Es kommt deshalb nicht darauf an, ob das Rundschreiben des Beklagten „Steuerhinweise zum Jahreswechsel 1983/1984“ auch der Klägerin zugegangen ist.

Haftung des Steuerberaters

- Buchführungsauftrag
- fehlerhafte Bewirtungskostenbelege
- Reisekosten

(LG Köln Urt.v. 24. 9.1990 – 32 O 112/90)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Hilfeleistung bei der Erstellung einer ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet den Steuerberater, den Mandanten darauf hinzuweisen, wenn Bewirtungskostenbelege die Voraussetzungen einer Anerkennung durch die Finanzbehörden nicht erfüllen.
2. Eine ungefragte Belehrungspflicht besteht für den Steuerberater nur, wenn er einen konkreten Anlaß dafür hat, daß ihm bekannte Geschäftsvorgänge sich steuerschädlich auswirken können.

Aus den Gründen:

Der Rechtsstreit konnte teilweise durch Erlaß eines Teil- und Grundurteils entschieden werden.

In Höhe der steuerlichen Mehrbelastung der Kläger durch die **Nichtanerkennung der Bewirtungskosten** steht dem Kläger gegenüber dem Beklagten ein Schadenersatzanspruch wegen Schlechterfüllung des Steuerberatervertrages zu. Insoweit hat der Beklagte die ihm auf Grund der vertraglichen Vereinbarung obliegenden Pflichten schuldhaft verletzt. Unstreitig wurden die Bewirtungskosten bereits deshalb durch die Finanzbehörden nicht anerkannt, da die Belege die Voraussetzungen des § 4 Abs. 5 EStG (nicht bzw. nicht vollständig ausgefüllter Vordruck, Abschnitt 20 Abs. 14 Einkommensteuerrichtlinien) nicht erfüllten. Insoweit hat der Beklagte seine Hinweis- und Belehrungspflicht verletzt. Er war als Steuerberater sowohl mit der Erstellung der Steuererklärungen als auch mit der Durchführung der gesamten Buchführung beauftragt. Im Rahmen dieser Arbeiten hätte er bemerken müssen, daß die von dem Kläger vorgelegten Belege nicht die Voraussetzungen einer Anerkennung durch die Finanzbehörde erfüllten. Insoweit hätte er im Rahmen seiner **Hinweis- und Belehrungspflicht** bei den Klägern entsprechende Rückfragen halten müssen. Dabei war dann auch im einzelnen von seiten des Beklagten **abzuklären, ob die Aufwendungen betriebsbedingt waren, weil er nur**

solche Bewirtungskosten verbuchen durfte, die auch betriebsbedingt entstanden waren. Dem Einwand des Beklagten, er sei als Steuerberater nicht in der Lage gewesen, die jedem Selbständigen bereits geläufige Anforderungen der Finanzverwaltung zu überprüfen, kann nicht gefolgt werden. Spätestens nach Vorlage der unvollständig und nicht ordnungsgemäß ausgefüllten Belege mußte sich dem Beklagten aufdrängen, daß den Klägern anscheinend die Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Bewirtungskosten gerade nicht bekannt waren.

Dem Kläger zu 1. kann insoweit auch kein Mitverschulden gemäß § 254 BGB vorgeworfen werden, weil er – wie der Beklagte vorträgt – nicht nachträglich die Belege rekonstruiert hat. Insoweit wird seitens des Klägers zu 1. behauptet, daß er im Jahre 1986 nicht mehr in der Lage gewesen sei, die einzelnen Belege entsprechend der Aufforderung der Finanzverwaltung nachträglich anzufertigen. Da der Beklagte im einzelnen die Voraussetzungen eines Mitverschuldens darzulegen und zu beweisen hat, hätte er im einzelnen aufzeigen müssen, wie es dem Kläger im Jahre 1986 doch möglich war, sämtliche Belege aus dem Jahre 1981 bis 1983 so zu rekonstruieren, daß sie die Voraussetzungen des § 5 Abs. 5 EStG und des Abschnitts 20 Abs. 14 Einkommensteuerrichtlinien erfüllten. Bei den diesbezüglichen Ausführungen des Beklagten in dem Klagerwiderrungsschriftsatz vom 22. 3. 1990 handelt es sich um reine Spekulationen, die weder näher ausgeführt noch unter Beweis gestellt werden. Als Folge der schuldhaften Verletzung der steuerlichen Beratungspflichten hat der Beklagte den Schaden zu ersetzen, der den Klägern auf Grund der Nichtanerkennung der Bewirtungskosten entstanden ist. Über die Höhe des Schadenanspruches kann zur Zeit noch nicht entschieden werden, da nach der Schadenaufstellung der Kläger die nicht anerkannten Bewirtungskosten und die Kosten der Auslandsreisen sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei der Einkommensteuer rechnerisch erfaßt worden sind und die Kammer nicht feststellen kann, welche steuerliche Mehrbelastung durch die eine bzw. die andere Position entstanden sind.

Soweit die Finanzbehörden die **Kosten verschiedener Auslandsreisen** nicht anerkannt haben, können die Kläger hinsichtlich der steuerlichen Mehrbelastung keinen Schadenersatzanspruch gegenüber dem Beklagten geltend machen. Dem Beklagten ist insoweit keine schuldhafte Pflichtverletzung vorzuwerfen. Unstreitig hat der Kläger den Beklagten vor Antritt der jeweiligen Reise nicht gefragt, wie diese steuerunschädlich durchgeführt werden könnte. Ohne nähere konkrete Anhaltspunkte bestand auch für den Beklagten als Steuerberater keine Verpflichtung, ungefragt den Kläger zu 1. auf diese Problematik hinzuweisen. Eine Hinweis- und Belehrungspflicht des steuerlichen Beraters setzt nur dann

ein, wenn hierzu ein konkreter Anlaß bestand. Ein solcher konkreter Anlaß ist jedoch nur dann gegeben, wenn die dem steuerlichen Berater bekannte Abwicklung der Geschäftsvorgänge durch seinen Mandanten sich steuerschädlich auswirken konnte, ohne daß dies von dem Mandanten erkannt wurde.

Eine solche Hinweispflicht des Beklagten bestand frühestens nach der Vorlage der entsprechenden Reisekostenbelege. Selbst wenn der Beklagte den Kläger nach Vorlage der Belege darauf hingewiesen hätte, daß diese hinsichtlich der Planung und der Angaben zur tatsächlichen Durchführung der Reise unvollständig waren, hätte dieser Umstand allenfalls Auswirkungen auf die Anerkennungsmöglichkeit der Reise in die USA gehabt. Die anderen Reisen wurden bereits deshalb steuerlich nicht anerkannt, da sie mit Ehefrau und Tochter durchgeführt worden waren. Hinsichtlich der Nichtanerkennung der Reisekosten in die USA trifft den Kläger zu I. ein erhebliches Mitverschulden, das ein eventuelles Verschulden des Beklagten verdrängen würde. **Der Kläger hätte die vom Finanzamt gerügten fehlenden Angaben nachholen können und müssen.** Dazu dürfte er wohl im Jahre 1986 noch in der Lage gewesen sein.

Insoweit ist dies anders zu sehen als bei den Bewirtungskosten, wo über drei Jahre hinweg eine Vielzahl von Rechnungen deshalb nicht anerkannt wurden, weil sie unvollständig waren. **Bei einer Reise besteht grundsätzlich die Möglichkeit, beim Veranstalter nachträglich noch die Unterlagen anzufordern und die fehlenden Angaben nachzuholen.** Daß der Kläger dazu nicht in der Lage war, wird von dem Kläger weder aufgezeigt noch unter Beweis gestellt.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–9, 1991)

Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Ausschluß d. Kündigungsrechts	91, 42		
Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) (s. auch Versicherungsschutz)			
– wissentliche Pflichtverletzung			
= Kausalitätsprüfung	91, 38		
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41		
Anerkenntnis			
– d. Bilanzberichtigung?	91, 72		
Anlageberatung			
– Abgrenzung zur Steuerberatung	91, 223		
Arglisteinwand			
– gegenüber Verjährungseinrede	91, 211		
Aufrechnungsverbot			
– § 19 GmbHG	91, 164		
Auseinandersetzung			
– Wertpapierdepot v. Eheleuten	91, 170		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß			
= Verdienstbescheinigung	91, 62		
Bankhaftung			
– Darlehensvollmacht, Eheleute	91, 170		
– Haftung d. Ehefrau b. Betriebskredit	91, 170		
– Haftungsbeschränkung, grobes Verschulden	91, 114		
Bauherrenmodell			
– Grunderwerbsteuer	91, 3		
Belehrungspflicht d. StB, Wp, RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= nach Belehrung über Ehegattenvertrag	91,		
= vergebliche Belehrungen	91, 28		
= Belehrung d. Vorberater	91, 28		
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	91, 223		
= über steuersparende Vermögensanlagen	91, 223		
– ungefragte –			
= bei erkennbar fehlerhafter Entscheidung	91, 223,		
	233, 241		
= Zweifel d. Steuerberaters	91, 63		
– Beweislast	91, 114		
– über Fehler d. Vorberaters			
= auf Schadenersatzansprüche	91, 230		
– Haftungsklausel	91, 233		
– über steuerliche Risiken			
= Vermögensanlagen	91, 223		
– über Vermögenssituation	91, 223		
Beweislast			
– f. unterlassene Aufklärung/Belehrung	91, 114		
– f. Fehlberatung	91, 72		
– f. Rücknahme d. Rechtsbehelfs	91, 77		
Bilanzberichtigung			
– Anerkenntnis?	91, 72		
Bindungswirkung			
– belastender Steuerbescheid	91, 116		
Buchführungsauftrag			
– Belehrungspflichten			
= Bewertungskostenbelege	91, 241		
= Kassenbuch	91, 85		
– Kontierung			
= Belegaussage	91, 99		
– Prüfung d. Unterlagen	91, 147		
– Umbuchungen	91, 156		
Buchhaltungsunterlagen			
– Aufforderung zur Vorlage	91, 85		
Darlegungslast f. Regreßanspruch (s. auch Beweislast)			
– Bilanzfehler	91, 156		
– Buchungsfehler	91, 156		
Dienstvertrag			
– Steuerberatungsvertrag	91, 8, 12		
Dritthaftung			
– Erklärungen d. RA	91, 132		
– Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132		
– Vertrag m. Schutzwirkung zugunsten Dritter			
= Bewertung	91, 68		
= Bilanzerstellung	91, 109		
= Gesellschaftsgründung	91, 109		
= Testat	91, 68		
– Verschulden			
b. Vertragsverhandlungen	91, 132		
Durchgriffshaftung (s. Geschäftsführer Wp/StB-GmbH)			
Feststellungsklage			
– negative –	91, 187		
Firma			
– GbR (mit beschränkter Gesellschafterhaftung)	91, 84		
– Zusatz „Revision“	91, 170		
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle	91, 84		
– Fristüberwachung durch RA	91, 114		
= Fristverlängerung o. Akte	91, 201		
= Gerichtstermin	91, 201		
– Fristversäumnis, verschuldete –			
= Akte an Bürovorsteher	91, 170		
= Brief an unzuständiges Gericht/FA	91, 114		
– Weisung an Bürokratie	91, 84		
= mündliche Weisung	91, 201		
Gesamtsschuld			
– mit Architekt	91, 189		
Geschäftsführer Wp/StB-GmbH			
– Haftung des –	91, 52		
Gewinn lentgangener, § 252 BGB)			
– Darlegungslast	91, 42		
– rechtswidrige Kündigung d. StB-Vertrages	91, 42		
GmbH			
– Einzahlungsmanipulation	91, 98		
– Schaden			
= Verlust d. Stammeinlagen	91, 161		
– Stammeinlage			
= Umbuchung d. Darlehensforderung	91, 161		
– verdeckte Gewinnausschüttung			
= Schaden	91, 150		
Grunderwerbsteuer			
– Änderung d. Rechtsprechung	91, 144		
– bei Bauherrengemeinschaft	91, 3		
– Grundstücksbeschaffungskosten	91, 144		
Haftungsbeschränkung			
– auf grobe Fahrlässigkeit	91, 114		
Honoraranspruch d. StB			
– Aufrechnung mit Schadenersatzanspruch			
= in zweiter Instanz	91, 8		
– Änderung der Rechnung	91, 32		
– Buchführung			
= Gebühr nach Zeitabschnitten	91, 32		
= Grundstücksverwaltungen, § 33 StBGebV	91, 16		
= monatliche Ratenzahlungen	91, 66		
– Einforderbarkeit			
= Rahmengebühr	91, 66		
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV			
= Gegenstandswert	91, 14		
= Hinweis auf Gebührenvorschrift	91, 18		
= Mitteilung der Rechnung	91, 15		
= Zeitgebühren	91, 14, 15		
– Erfolgshonorar	91, 58		
– Fälligkeit, § 7 StBGebV			
= Buchführungshonorar	91, 22		

- für nicht erbrachte Leistungen	91, 147
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
= Mittelgebühr	
= Darlegungslast	91, 66
- entgangener Gewinn	91, 42
- vermeidbarer -	91, 19
= keine Bilanzierungspflicht	91, 19
- Lohnkosten, § 34 StBGebV	91, 16
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	91, 15
- Zeitgebühren	
= f. Nachbesserungsarbeiten	91, 161
= für Nichtstun	91, 14, 15
Kausalität	
- zwischen Pflichtwidrigkeit u. Schaden	
= Unterbrechung d. Kausalzusammenhangs	91, 158
Klageauftrag	
- Belehrung über Klageaussichten	91, 114
Klageerhebung	
- bei unzuständigem Gericht	91, 114
Konkursantragspflicht, § 130 a HGB	
- Pflicht der Gesellschaftsorgane	91, 101
Minderkaufmann	
- Lebensmitteleinzelhandel	91, 20
- Pflicht zur Buchführung u. Bilanz	91, 20
Mitverschulden	
- kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen	91, 23
- d. Kreditgebers	
= Verdienstbescheinigung	91, 62
- Prüfung d. Bilanz	
= durch GmbH-Geschäftsführer	91, 24
= Stammkapitalforderung	91, 23
- Reisekosten	91, 243
- Vorsatz d. Geschädigten	91, 222
Nachbesserung	
- Kosten der -	91, 32
- Nachbuchungen	91, 32
- Stundenhonorare, angemessene	91, 161
- Wechsel d. StB	91, 144
Neue Bundesländer	
- Rückübertragung u. Umbauarbeiten	91, 200
Notar	
- Einsicht in Flurkarte	91, 84
- Vollzug, verzögerter	91, 2
Prospekthaftung	
- Änderung d. Rechtsprechung	
= Grunderwerbsteuer	91, 144
- zugesicherte Eigenschaft	91, 144
- Garantentstellung	91, 234
- Grunderwerbsteuer	91, 144
- vorgesehene Nutzung	91, 144
Provisionsgeschäfte	
- Rückforderung der Provision	91, 145
- Zahlung an Strohmann	91, 145
Rechtsanwalt	
- Beratungspflichten	
= Kündigung, Versendungsart	91, 144
- Kündigungsschutzklage	
= Konkursausfallgeld	91, 62
- Unterhaltsklage	91, 2
- Verspätungseinwand, § 282 ZPO	91, 2
Rechtsberatung	
- d. Angestellte, Art. 1 § 6 Abs. 1	91, 209
- d. Gewerbetreibenden, Art. 1 § 5	
= unmittelbarer Zusammenhang	91, 209
- d. Unternehmensberaters	91, 207
- d. Wirtschaftsprüfers, Art. 1 § 5 Nr. 2	
= Vertragsformulierung	91, 57
= Wirtschaftsberatung	91, 57
- d. Wohnungsverwalters	91, 200
Regreßprozeß	
- negative Feststellungsklage	91, 49
- Sachverständigengutachten	
= Urkundenvorlage	91, 63

Schaden	
- AfA, entgangene	
= gesamte Vermögenslage	91, 231
- Kapitalanlage	91, 223
- vermeidbares Steuerberatungshonorar	91, 19
- Steuervorteile	
= rechtswidrige -	91, 62, 211
= verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150
- Vermögensauswirkungen	
= entgangene AfA	91, 231
- Verspätungszuschläge	91, 85
- Zweifamilienhaus	91, 231
Schätzung (§ 162 AO)	
- Schaden	
= Bindung an Erklärung in Schlußbesprechung	91, 77
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
- vorsätzliche Schadenzufügung	91, 132
StB-GmbH, Wp-GmbH	
- faktischer Geschäftsführer	91, 5
Sozietät	
- Haftung d. ausgeschiedenen Sozies	91, 205
- überörtliche -	91, 84
- unzulässige Bezeichnung	91, 84
Steuerberaterkammer	
- Beantwortung von Anfragen	91, 5
Steuerberatungsgesetz	
- § 5	
= Kontieren	91, 32
- § 57	
= Werbeverbot, Stellenanzeigen	91, 74
Steuerberatungsvertrag	
- Auflösung des -	
= fristlose Kündigung, § 627 BGB	91, 42
- pauschaler Schadenersatz	91, 147
- Zustandekommen d. -	
= stillschweigender Abschluß	91, 234
Steuergestaltungsberatung	
- RKW-Gutachten	91, 101
- Saldierung der Vor- u. Nachteile	91, 2
- Umwandlung	91, 101
Telefonwerbung	91, 222
Treuhänder	
- Änderung d. Rechtsprechung	91, 115
- Dritthaftung	91, 132
- Gesamtschuld	
= Regreß-/Ausgleichsanspruch	91, 124
- Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	91, 115
- Haftungsbeschränkung	
= subsidiäre Haftung	91, 115
= unmittelbarer Vermögensschaden	91, 115
- Planabweichung	
= Nutz-/Wohnfläche	91, 123
- Schaden	
= bei Flächenverminderung	91, 123
= Verflechtungshinweis	91, 128
- freiberufliche Tätigkeit, § 18 EStG	91, 84
- Überwachung d. Abwicklung	
= wg. d. Steuervorteile	91, 115
- Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132
- Verjährung von Regreßansprüchen	
= Sekundäranspruch	91, 138
= Verjährungsbeginn,	
Bauherrenverträge	91, 138
= Wirtschaftsprüfer	91, 138
- Verflechtungen d. Treuhänders	91, 128
- Zweckerreichung	91, 123
Umwandlung	
- RKW-Gutachten	91, 101
- Schuldübernahme	91, 101
Unterbrechung d. Verjährung	
§ 209 BGB	
- FG-Verfahren	91, 192
Unterhaltsklage	
- Streitwertgestaltung	91, 2

Unternehmensberater		BGH v. 18.12.1990 – XI ZR 176/89	91, 145
– Schuldenregulierung, Rechtsberatung	91, 207	= JuS 91, 691 m. Anm. K. Schmidt	
Verdeckte Gewinnausschüttung		= VersR 91, 558	
– Schaden		= StB 91, 219	
= Steuervorteile	91, 150	BGH v. 16.1.1991 – VII ZR 14/90	91, 128
Verdienstbescheinigung	91, 62	= RPK U 1023/91	
Verjährung (§ 51 BRAO)		= WM 1991, 695	
– Belehrungspflicht ü. Fehler u. Verjährungsvorschrift,		BGH v. 17.1.1991 – VII ZR 143/89	91, 124
Sekundäranspruch		= WM 1991, 769	
= nach Anspruchserhebung	91, 200	BGH v. 22.1.1991 – XI ZR 111/90	91, 170
Verjährung (§ 51 a WPO)		= RPK U 1022/91	
– Treuhand	91, 138	BGH v. 24.1.1991 – I ZR 133/89	91, 222
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		= RPK U 1.051/91	
– Arglistenwand s. d.	91, 213	BGH v. 24.1.1991 – IX ZR 121/91	91, 205
– Art d. Berufstätigkeit	91, 49	= WM 1991, 743	
= Treuhänder	91, 138	BGH v. 31.1.1991 – IX ZR 124/90	91, 85
– Bekanntgabe Steuerbescheid	91, 192	= WM 1991, 814	
– Belehrungspflicht ü. Fehler u. Verjährungsvorschrift,		BGH v. 6.2.1991 – VIII ZR 26/90	91, 115
Sekundäranspruch		= BB 91, 571	
= Inhalt	91, 171	= WM 91, 765	
= keine –		= DB 91, 1319	
Treuhänder, Wp	91, 138	= NJW RR 91, 666	
= Wiederholung d. Fehlers	91, 171	= WuB I 6 7 – 7/91 v. Heymann	
– Verjährungsbeginn		= VersR 91, 562	
= Außenprüfung, Korrektur d. BGH	91, 171	BGH v. 19.2.1991 – VI ZB 2/91	91, 201
= Außenprüfung ohne Schlußbesprechung	91, 188	= BB 91, 932	
= Bauherrenverträge	91, 138, 223	= NJW RR 1991, 827	
= Bilanzaushandigung	91, 14	BGH v. 4.4.1991 – IX ZR 215/90	91, 171
= Bilanzfehler	91, 24	= WM 1991, 1089	
= Erwerb v. Eigentumswohnungen	91, 194	= ZR 1991, 589	
= Fehlbuchung, Stammkapitalforderung	91, 24	= BB 1991, 999	
= fehlerhafte Gestaltungsberatung	91, 183	= DB 1991, 1320	
= Kauf v. Unternehmensanteilen	91, 49	= StB 1991, 205	
= Steuerberaterhonorar, vermeidbares	91, 19	BGH v. 9.4.1991 – XI ZR 136/90	91, 222
Verkehrs-/Prozeßanwalt		= RPK U 1.059/91	
– Verantwortungsbereiche	91, 222	BGH v. 7.5.1991 – IX ZR 188/90	91, 223
Verschulden bei Vertragsverhandlungen			
– d. RA	91, 132	OLG Bamberg v. 14.2.1990	
Versicherungsleistung		– 3 U 103/89	91, 170
– Rückforderung	91, 92	= WPK-Mitteilung 1990, 288	
Versicherungsschutz		OLG Düsseldorf v. 2.11.1989	
– Ansprüche gegen Versicherer	91, 2	– 8 U 232/88 rkr.	91, 32
– wissentl. Pflichtverletzung	91, 33	= EWiR § 675 BGB 2/90, 39 (A. Junker)	
= Kausalität	91, 38	OLG Düsseldorf v. 15.3.1990	
= Provisionsvereinbarung	91, 33	– 18 U 207/89	91, 18
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41	= StB 1990, 205	
– Zahlungsanspruch	91, 2	OLG Düsseldorf v. 22.3.1990	
Verspätungszuschläge		– 2 U 83/89	
– Schaden	91, 85	= NJW 1990, 2133	91, 84
Vorteilsausgleich		OLG Düsseldorf v. 3.5.1990	
– ersparte Mietaufwendungen	91, 222	– 18 U 209/89 rkr.	91, 63
– aufgedrängte Steuerberaterleistung	91, 21	OLG Düsseldorf v. 28.5.1990	
– Steuervorteile	91, 222	– 18 U 29/90 rkr.	91, 8
= rechtswidrige	91, 62, 211	OLG Düsseldorf v. 13.6.1990	
= verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150	– 6 U 234/89 rkr.	91, 114
– Wertzuwachs	91, 222	= RPK U 1019/91	
Wohnungsverwalter		OLG Düsseldorf v. 21.6.1990	
– Prozeßführung, Rechtsberatung	91, 200	– 18 U 33/90	91, 15
		= StB 1990, 312	
		OLG Düsseldorf v. 28.6.1990	
		– 18 U 29/90 rkr.	91, 12
		OLG Düsseldorf v. 18.10.1990	
		– 18 U 124/90 rkr.	91, 239
		OLG Düsseldorf v. 31.10.1990	
		– 18 U 99 u. 113/90 rkr.	91, 66
		OLG Düsseldorf v. 15.11.1990	
		– 18 U 242/88	91, 150
		OLG Düsseldorf v. 22.11.1990	
		– 18 U 191/90	91, 42
		OLG Düsseldorf v. 22.11.1990	
		– 18 U 104/90 rkr.	91, 98
		OLG Düsseldorf v. 6.12.1990	
		– 18 U 123/90	91, 156
		= StB 91, 222	
BGH v. 21.6.1988 – VI ZB 14/88	91, 170		
BGH v. 3.7.1989 – StbSt (R) 14/88	91, 5		
= wistra 1990, 60			
BGH v. 19.12.1989 – IX ZR 29/89	91, 2		
= VersR 1990, 866			
BGH v. 17.5.1990 – IX ZR 85, 89	91, 132		
= NJW 1991, 32			
= WM 1991, 1554			
BGH v. 26.9.1990 – IV ZR 147/89	91, 33		
= BB 1990, 2362			
BGH v. 22.11.1990 – I ZB 13/90	91, 222		
BGH v. 28.11.1990 – XII ZR 130/89	91, 92		

OLG Düsseldorf v. 13. 12. 1990 – 18 U 122/90	91, 161	LG Bielefeld v. 5. 7. 1990 – 22 O 101/90	91, 2
OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1991 – 13 U 15/91	91, 188	LG Bonn v. 5. 2. 1990 – 6 S 442/89 = Juristisches Büro 1990, 1317	91, 2
OLG Frankfurt v. 28. 3. 1990 – 17 U 181/88 = NJW RR 1991, 154	91, 84	LG Hagen v. 21. 10. 1989 – 19 O 211/88 = NJW RR 91, 541	91, 200
OLG Hamburg v. 5. 4. 1989 – 5 U 44/86	91, 49	LG Hof v. 23. 1. 1990 – 1 O 328/89	91, 77
Hanseatisches OLG v. 28. 11. 1990 – 5 U 139/88	91, 233	LG Karlsruhe v. 21. 8. 1990 – 2 O 313/89	91, 28
OLG Hamburg v. 10. 1. 1991 – 3 U 208/90 rkr.	91, 222	LG Kassel v. 21. 2. 1989 – 3 O 578/88 rkr.	91, 29
OLG Hamburg v. 25. 1. 1991 – 1 U 682/90	91, 211	LG Kleve v. 5. 12. 1990 – 2 O 203/90	91, 62
OLG Hamm v. 16. 12. 1988 – 25 U 10/88	91, 72	LG Köln v. 24. 9. 1990 – 32 O 112/90	91, 222
OLG Hamm v. 7. 7. 1989 – 25 U 243/88	91, 194	LG Köln v. 27. 9. 1990 – 1 S 173/90 = NJW RR 1991, 184	91, 114
OLG Hamm v. 16. 10. 1989 – 23 U 1/89	91, 68	LG Limburg v. 11. 4. 1990 – 2 O 125/88 = VersR 1990, 1114	91, 2
OLG Hamm v. 17. 10. 1990 – 25 U 57/89	91, 192	LG Mannheim v. 14. 8. 1990 – 9 O 136/90 = KaRS 1991, 159	91, 138
OLG Hamm v. 23. 11. 1990 – 25 U 244/89 bestätigt LG Paderborn Urt. v. 19. 10. 1989 – 3 O 304/89, GI 1990, 40 OLG Hamm v. 5. 3. 1991 – 8 U 107/89 rkr = RPK U 1025/91	91, 62 91, 170	LG Mönchengladbach v. 24. 4. 1990 – 6 O 3/89 n. rkr.	91, 2
OLG Hannover v. 1. 3. 1990 – 44 StL 1/91 rkr.	91, 74	BezG Magdeburg v. 14. 3. 1991 – 4 S 2/91 rkr. = ZIP 1991, 546	91, 200
OLG Karlsruhe v. 24. 5. 1989 – 6 U 51/88	91, 101		
OLG Karlsruhe v. 12. 9. 89 – 8 U 180/87 rkr. nach Nichtannahme- beschluß des BGH v. 21. 3. 1991 = RPKU 1.037/91	91, 144	LAG Frankfurt v. 27. 2. 1991 – 9 Ta 301/90	91, 114
OLG Koblenz v. 5. 9. 1989 – 3 U 174/88 rkr. nach Nichtannahme- beschluß des BGH v. 14. 3. 1991 = RPK U 1.036/91	91, 144	BAG v. 9. 1. 1990 – 3 AZR 528/89; NJW 1990, 2707	91, 84
OLG Köln v. 25. 4. 1990 – 27 U 180/89 = VersR 1990, 674	91, 2	AG Siegburg v. 3. 9. 1987 – 7 C 171/87 = NJW RR 1989, 155	91, 62
OLG Köln v. 28. 9. 1990 – 11 U 41/90	91, 147	BFH v. 1. 2. 1990 – IV R 42/89; = BB 1990, 1254	91, 84
OLG Köln v. 12. 12. 1990 – 27 U 72/90	91, 183		
OLG Köln v. 14. 12. 1990 – 19 U 283/89 = VersR 1991, 565 – vgl. ebenso OLG Hamburg GI 11/81	91, 222		
OLG Köln v. 12. 4. 1991 – 11 U 41/90	91, 144		
OLG München v. 12. 4. 1990 – 6 U 5905/89; WPK-Mittlg. 1990, 278 = BB 1990, 875	91, 84		
OLG München v. 15. 5. 1990 – 1 U 3482/90 = NJW RR 1991, 191	91, 114		
OLG München v. 18. 12. 1990 – 3 Ob OWi 132/90	91, 207		
OLG Nürnberg v. 15. 11. 1990 – 8 U 387/90 = NJW RR 1991, 414	91, 144		
KG v. 1. 6. 1990 – 7 U 8026/89	91, 231		
KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 W 5932/90 = AnwBl 1991, 348	91, 200		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.